

DEUTSCHE WIRTSCHAFT

DIE WIRTSCHAFT DER BUNDESREPUBLIK AM JAHRESBEGINN 1969

Der Konjunkturaufschwung ist weiterhin kräftig; er hatte sich in den letzten Monaten des vergangenen Jahres sogar noch erheblich verstärkt. Zwei Jahre, nachdem sich die Volkswirtschaft auf der Talsohle befand, haben wir nunmehr — mit den Worten von Prof. Schiller — „das Hochplateau der Konjunktur erklommen und die Höhenwanderung begonnen“¹⁾. Aber es ist falsch, von einer Überhitzung zu sprechen.

Überhitzte Konjunkturdiskussion

Überhitzt wird allerdings von mancher Seite die Diskussion über die Konjunktur und insbesondere über die Preisentwicklung geführt. Wir sind im Jahr der Bundestagswahl, und man hat von einigen Prominenten den Eindruck, daß es ihnen in erster Linie um das Wachstum der Wählerstimmen für ihre Partei geht, wenn sie den Preisteufel an die Wand malen und harte Maßnahmen zur Sicherung der Geldwertstabilität fordern.

Die zur Zeit vorhandenen Konjunkturdaten können ein derartiges Verhalten jedenfalls nicht begründen. Sie fordern vielmehr zu einer kühlen und nüchternen Betrachtung sowie zu einer eher abwartenden Haltung in der Wirtschaftspolitik heraus. Am 11. März, als dieser Bericht abgeschlossen wurde, lagen nämlich erst die Ergebnisse bis zum Dezember 1968 vor. Diese Daten waren aber größtenteils so stark von Sondereinflüssen geprägt, daß sie für die künftige Entwicklung weniger denn je aussagekräftig sind.

Inbesondere waren die Ergebnisse des 4. Vierteljahres 1968 zunächst von den Spekulationen um die Aufwertung der D-Mark und nach der steuerlichen Ersatz-Aufwertung von Ende November 1968 von der Ausnahmeregelung beeinflusst worden, wonach Ausfuhren bis zum 23. Dezember 1968 von der Exportsteuer von 4 vH befreit waren, wenn ihnen Verträge zugrunde lagen, die vor der Einführung dieser Steuer (am 29. 11. 1968) abgeschlossen worden waren. Das hatte dazu geführt, daß Ausfuhrlieferungen in den letzten Monaten 1968 vorgezogen und beschleunigt wurden. Im Dezember 1968 war die Ausfuhr um 22 vH höher als ein Jahr zuvor, im gesamten 4. Vierteljahr um 21 vH. Die forcierte Produktion für den Export wirkte sich natürlich auch in den Zahlen über Produktion und Einkommen (Überstunden) aus. Umgekehrt wird sich in den Daten über die wirtschaft-

liche Entwicklung in den ersten Monaten dieses Jahres der Wegfall der Sonderentwicklung bemerkbar machen. Dies zeigt sich z. B. in dem Ausführergebnis des Monats Januar 1969, das nur um 5,4 vH über dem entsprechenden Vorjahrsergebnis lag.

Ein weiterer Faktor, der gegenwärtig Vorsicht bei der Beurteilung der Konjunkturdaten als geboten erscheinen läßt, ist die Umstellung auf die Mehrwertsteuer mit Beginn des Jahres 1968. Sie führte z.B. im Dezember 1967 zu extrem hohen Einzelhandelsumsätzen, dagegen im Januar 1968 zu einer Zurückhaltung der Käufer, die hierzu ausdrücklich — um einen Druck auf die Preise auszuüben — durch Rundfunk und Presse aufgefordert worden waren. Ein Jahresvergleich mit diesen Monaten muß deshalb zu extremen Ergebnissen führen. So lagen die Einzelhandelsumsätze im Dezember 1968 nur um 0,4 vH, im Januar 1969 aber um 12 vH über den Ergebnissen in den entsprechenden Vorjahresmonaten. Wer aus solchen Zahlen auf die Konjunkturentwicklung schließt, muß zu einer Fehleinschätzung kommen.

Unsicherheiten bei der Prognose

Das folgende Bild von der Entwicklung der wesentlichsten Nachfrageströme sollte deshalb mit der aus den soeben dargestellten Gründen gebotenen Distanz betrachtet werden. Am unsichersten ist zur Zeit eine Vorausschätzung der *Auslandsnachfrage*. Im Dezember 1968, dem ersten Monat nach der Einführung der Exportsteuer von 4 vH, war die Jahres-Zuwachsrate der Auftragseingänge aus dem Ausland bei deutschen Industriefirmen zwar noch halb so groß wie im November, sie betrug jedoch immer noch knapp 10 vH dem Werte nach und sogar 15,5 vH, wenn das Volumen verglichen wird.

Ob die Exportsteuer voll im Preis auf die Auslandskunden abgewälzt werden wird, kann noch nicht übersehen werden. Im Dezember 1968 stiegen die Verkaufspreise für Exportgüter um fast 1 vH. Aber selbst bei voller Überwälzung dürften die Bezüge aus der Bundesrepublik für die meisten Handelspartner immer noch preisgünstig bleiben. Denn auch nach der Ersatz-Aufwertung bleibt ein zum Teil beträchtlicher Preisabstand zu den wichtigsten Handelspartnerländern, zumal sich dort der Preisauftrieb fortsetzt. In seiner Rede zur Eröffnung der Frankfurter Frühjahrsmesse zitierte der Bundeswirtschaftsminister aus einem neuen Bericht der EWG-Kommission: „Errechnet man die Abweichungen der Preisniveauentwicklung jedes Mitgliedslandes zwischen

1) Rede des Bundeswirtschaftsministers, Prof. Karl Schiller, zur Eröffnung der Frankfurter Frühjahrsmesse am 23. 2. 1969, abgedruckt im Bulletin der Bundesregierung vom 27. 2. 1969, S. 203 ff.

1966 und 1969 im Vergleich zu Deutschland, das die geringsten Preisteigerungen aufweist, so zeigen sich, bezogen auf 1966 die folgenden prozentualen Divergenzen der Preisniveaus: Deutschland - Italien 1,7 vH, Deutschland - Belgien 5,5 vH, Deutschland - Niederlande 7,0 vH, Deutschland - Frankreich 8,4 vH."

Weiterhin gutes Auslandsgeschäft zu erwarten

In den USA und in Großbritannien werden die Preise nach den Vorausschätzungen auch 1969 stärker klettern als bei uns. Vorerst setzt sich der Konjunkturaufschwung in wichtigen Partnerländern fort, in den USA ist die Konjunktur noch nicht nennenswert abgekühlt. Die in einigen Ländern, z. B. in Frankreich, Großbritannien und in den USA, beschlossenen oder beabsichtigten Maßnahmen zur Dämpfung der Konjunktur haben bisher den Handel mit der Bundesrepublik noch nicht oder nur wenig betroffen. Faßt man alle Tendenzen zusammen, dann kann man wohl für die nächsten Monate mit einem weiterhin guten Exportgeschäft rechnen — abgesehen von den bereits erwähnten kurzfristigen Reaktionen auf die im 4. Vierteljahr 1968 vorgezogenen Lieferungen.

Neben den als Belebungspritzen wirkenden öffentlichen Investitionsaufträgen wurde die Expansion zunächst von der Auslandsnachfrage getragen. In der ersten Hälfte des vorigen Jahres kam die *Wiederauffüllung der Vorratslager* als eine starke dynamische Kraft hinzu. In diesem Jahr werden dagegen von den Vorratsinvestitionen nur wenig anregende Impulse ausgehen.

Hohe Investitionsbereitschaft der Unternehmen

Zur wichtigsten expansiven Nachfragegröße sind inzwischen die *Anlageinvestitionen* der Unternehmen geworden. Im 4. Vierteljahr 1968 haben inländische Firmen bei der Investitionsgüterindustrie um fast ein Fünftel mehr an Ausrüstungsgütern bestellt als ein Jahr zuvor. Die Auftragsbestände der Investitionsgüterindustrie entsprachen im Dezember 1968 rund 4,2 Monatsproduktionen (gegenüber 3,3 vor Jahresfrist). Sie werden weiterhin zunehmen. Denn viele Anzeichen lassen vermuten, daß die Ersatz-Aufwertung kaum zu einer Änderung der Investitionsentscheidungen der Unternehmen geführt hat. Nach den letzten repräsentativen Unternehmensbefragungen des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung wollen die Firmen in der verarbeitenden Industrie ihre Investitionen 1969 gegenüber 1968 um rund 20 vH ausweiten. Dabei wurde viel öfter als zuvor die Erweiterung der Produktionsanlagen als Investitionsmotiv genannt. Dem-

entsprechend sind die Baugenehmigungen für Wirtschaftsgebäude in letzter Zeit spürbar gestiegen.

Die unverändert große Investitionsbereitschaft ist ein Zeichen für das Vertrauen der Unternehmer in die Beständigkeit der Konjunktur. Sie erwarten offensichtlich nicht nur ein weiterhin gutes Exportgeschäft, sondern rechnen vermutlich auch mit einer sich bald stärker ausweitenden Verbrauchskonjunktur, abgesehen davon, daß der Investitionsboom in der gegenwärtigen Phase zu einem beträchtlichen Teil von der Investitionsneigung der Investitionsgüterindustrie selbst getragen wird. Mitbestimmend für die Expansion der privaten Investitionen ist freilich die extrem günstige Ertragslage der Unternehmen. Der unerwartet kräftige Konjunkturaufschwung mit hohen Umsatzzunahmen auf der einen Seite und hinter dieser Entwicklung erheblich zurückbleibenden Löhnen und Gehältern andererseits haben zu einer beachtlichen Senkung der Kosten, insbesondere der Lohnkosten, je Produkteinheit und zu einer entsprechenden Expansion der Gewinne geführt²⁾.

Expansive Unternehmensnachfrage — zurückbleibende Verbrauchernachfrage

Das gegenwärtige Bild der Konjunktur ist das einer Export- und Investitionskonjunktur, während sich der private Verbrauch noch nicht voll entfalten konnte. Dieses Bild entspricht vollkommen dem Ablauf im klassischen Konjunkturmodell. Im Durchschnitt der Monate November/Dezember 1968 waren die Inlandsaufträge der Verbrauchsgüterindustrie wertmäßig nur um rund 4 vH größer als ein Jahr zuvor. Wenn in den letzten Wochen von verschiedener Seite lautstark nach Maßnahmen zur Dämpfung der Nachfrage gerufen und dazu in erster Linie eine zurückhaltende Lohnpolitik für erforderlich gehalten wurde, dann muß darauf hingewiesen werden, daß bisher nur die Unternehmensnachfrage kräftig expandierte. Die Nachfrage der privaten Verbraucherhaushalte nähert sich zwar allmählich dem Tempo der gesamtwirtschaftlichen Nachfragesteigerung an, hat es jedoch immer noch nicht erreicht. Im 4. Vierteljahr 1968 war das Bruttosozialprodukt um 10,5 vH, die Ausfuhr sogar um 21 vH, der private Verbrauch dagegen erst um 7 vH größer als im 4. Vierteljahr 1967.

Hohe Angebotselastizität

Die *Industrieproduktion* war im 4. Vierteljahr 1968 um nicht weniger als 13,5 vH größer als ein Jahr zuvor. Auch wenn vermutlich

2) Siehe hierzu n. a. Günter Pehl, Sechs Prozent Tariflohnerhöhung sind nicht genug, GM, H. 3/1969, S. 160 ff, sowie den letzten Vierteljahresbericht zur Wirtschaftslege in GM, H. 12/1968, speziell S. 748.

nicht selten mit Überstunden gearbeitet wurde, die keine Dauererscheinung sein sollten, so ist diese hohe Zuwachsrate dennoch ein erneuter Beweis für die große Angebotselastizität insbesondere der Industrie. In der Vergangenheit ist sie immer größer gewesen als vorher angenommen wurde, und wahrscheinlich wird sie auch in einigen Prognosen für dieses Jahr unterschätzt. Daß die Industrie um 13,5 vH mehr Güter produzieren konnte, ist hauptsächlich auf den hohen Produktivitätszuwachs zurückzuführen; das Produktionsergebnis je Arbeiterstunde war im November 1968 um 8,8 vH höher als im gleichen Vorjahrsmonat. Zugleich beschäftigte die Industrie um 4 vH (312 000) mehr Arbeitskräfte.

In der gesamten Wirtschaft war die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer im 4. Vierteljahr 1968 um 470 000 höher als ein Jahr zuvor. Die Elastizität des *Arbeitsmarktes* gründet sich in erster Linie auf die Wiederbeschäftigung von Arbeitslosen und auf die Einstellung zusätzlicher ausländischer Arbeitskräfte. Ende Dezember 1968 war die Zahl der Arbeitslosen mit 266 372 nur noch halb so hoch wie Ende 1967. Infolge des ungewöhnlich harten Winters stieg die Zahl der Arbeitslosen bis Ende Februar 1969 zwar auf 374 126, aber auch das waren fast 216 000 weniger als vor Jahresfrist. Mit einer Halbierung der Arbeitslosenzahl im Laufe des Frühjahrs kann gerechnet werden, zumal wenn die vom Bundeswirtschaftsministerium vorgesehenen strukturpolitischen Förderungsmaßnahmen verwirklicht werden können und nicht am Widerstand des Finanzministeriums scheitern. Denn ein großer Teil der Arbeitslosigkeit ist strukturell bedingt: Die Arbeitslosenquote betrug Ende Februar im Durchschnitt des Bundesgebiets 1,8 vH, in Nordbayern aber 3,6 vH, in Südbayern 2,9 vH und in Rheinland Pfalz/Saarland 2,5 vH gegenüber 1,4 vH in Nordrhein-Westfalen, 1,3 vH in Hessen und 0,6 vH in Baden-Württemberg. In den strukturschwachen Gebieten dürfte auch noch eine nennenswerte „unsichtbare“ Arbeitskraftreserve (nicht als erwerbslos registrierte Personen, insbesondere Frauen — Teilzeitbeschäftigte) vorhanden sein, die neben den Arbeitslosen mobilisiert werden könnte.

Außerdem besteht die Möglichkeit, weiterhin ausländische Arbeitskräfte einzustellen. Ende Januar 1969 waren in der Bundesrepublik 1,14 Millionen Ausländer beschäftigt. Das waren rund 220 000 mehr als im Herbst 1967, aber diese Zahl lag immer noch um 171 000 unter dem im Juni 1966 erreichten Höchststand von 1,31 Millionen ausländischen Arbeitskräften.

Alles in allem ist die Elastizität des Arbeitsmarktes in der gegenwärtigen beginnenden Hochkonjunktur zweifellos eng begrenzt, aber eine im Jahresdurchschnitt 1969 gegenüber 1968 um annähernd 2 vH höhere Beschäftigtenzahl kann keineswegs als unrealistisch angenommen werden. Berücksichtigt man einerseits die wei-

terhin wachsende Arbeitsproduktivität und andererseits eventuelle Arbeitszeitverkürzungen, dann ist für 1969 eine *reale* Zuwachsrate des Bruttosozialprodukts, die zwischen 5 und 6 vH liegt, wahrscheinlicher als die 4,5 vH, die die Bundesregierung in ihrer Jahresprojektion für dieses Jahr — „mit Absicht relativ bescheiden gehalten“ — eingesetzt hat³⁾.

Nicht in Preishysterie verfallen!

Voraussetzung dafür ist allerdings, daß die wirtschaftspolitisch Verantwortlichen in Bonn einen kühlen Kopf behalten und sich nicht von der überhitzten Preiskussion beeinflussen lassen. Den Verbandsfunktionären des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT) und der Sparkassenverbände erscheint die Preisstabilität so gefährdet, daß sie die Bundesregierung zu einschneidenden Konjunkturdämpfungsmaßnahmen aufgefordert haben. So hält der Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, *Poullain*, eine Kursberichtigung der Konjunktur durch die wirtschaftspolitischen Steuerleute für dringend erforderlich, und der Geschäftsführer der SparerSchutzgemeinschaft, *Degner*, möchte ausdrücklich das Wachstum der Arbeitnehmerinkommen begrenzt wissen. Außerdem sollen u. a. die öffentlichen Investitionen gekürzt und Steuermehreinnahmen in einer Konjunkturausgleichsrücklage stillgelegt werden.

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, daß es zwischen dem DIHT und dem Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) völlig unterschiedliche Auffassungen zur Konjunktur gibt. Während der DIHT — übrigens im Gegensatz zu nicht wenigen Mitgliedskammern — bremsen möchte, sieht der BDI noch keine Gefahr für die Preisstabilität und keinerlei Anzeichen für einen überbordenden Boom. In den Betrieben stünden noch genügend strukturelle Anpassungsreserven zur Verfügung, die noch „ausgeschöpft werden können und auch laufend weiter zuwachsen“⁴⁾. Der BDI plädiert für ein stärkeres Wachstum; real sollte es mindestens 5 vH betragen.

Niemand wird ernstlich bestreiten wollen, daß sich das Preisklima verändert hat und daß sich in der gegenwärtigen Phase der beginnenden Hochkonjunktur eher Preiserhöhungen durchsetzen lassen als noch vor einem halben Jahr. Um so wichtiger ist es aber, „die gegenwärtige Preissituation nüchtern und ohne Übertreibungen zu sehen und darzustellen“, wie es im Kommuniqué über das am 28. Februar 1969 geführte 12. Gespräch im Rahmen der Konzertierte Aktion heißt. Die Gesprächsteilnehmer trafen auch die wesentliche

3) Jahreswirtschaftsbericht 1969 der Bundesregierung, Bundestags-Drucksache V/3786, speziell Ziffer 43. Siehe auch die kritischen Bemerkungen zum Jahreswirtschaftsbericht in GM, H. 3/1969, S. 160 ff.

4) Zitiert nach „Der Volkswirt“ vom 24. 1. 1969, S. 10 ff.

Feststellung, „daß im bisherigen Verlauf des Aufschwungs die Entwicklung des Preisniveaus durch andere Faktoren als durch die Tariflohnpolitik bestimmt worden sei“.

Bisher kaum konjunkturbedingte Preissteigerungen

Wie sieht die gegenwärtige Preissituation kühl und nüchtern betrachtet aus? „Bei industriellen Produkten hielten sich . . . die Preiserhöhungen bisher in relativ engen Grenzen.“ Diese Feststellung trifft die Bundesbank in ihrem Monatsbericht für Februar 1969 (S. 32). Im 4. Vierteljahr 1968 stiegen die Erzeugerpreise industrieller Produkte um 0,4 vH, wobei zum Teil Preiserhöhungen auf dem Weltmarkt im Grundstoffbereich eine Rolle spielten. Der Index lag im Februar 1969 nur um 0,3 vH über dem Vorjahresstand.

„Die Verbraucherpreise wurden — gemessen am Preisindex für die Lebenshaltung — am stärksten durch steigende Nahrungsmittelpreise, aber auch durch Mieterhöhungen beträchtlichen Ausmaßes beeinflusst. Sie stiegen im Dezember um 0,3 vH, im Januar um 0,7 vH an. Von der Erhöhung im Januar entfällt fast jeweils die Hälfte auf den Anstieg der Nahrungsmittelpreise und auf Mieterhöhungen“, heißt es in dem Monatsbericht des Bundeswirtschaftsministeriums vom Februar 1969. Dagegen seien die Preise gewerblicher Konsumgüter in diesem Index seit November 1968 im Durchschnitt stabil geblieben.

Im Januar 1969 lag der Preisindex für die Lebenshaltung um 2,1 vH über dem Vorjahresniveau. Dabei waren die Mieten, auf die rund ein Zehntel der Verbrauchsausgaben der Indexfamilien entfallen, um 10,6 vH gestiegen. Das bedeutet, daß allein die Hälfte des Indexanstiegs durch die politisch gewollten Mieterhöhungen verursacht wurden. Rund ein Viertel ist auf die steigenden Nahrungsmittelpreise zurückzuführen. Hierbei wirkt sich aus, daß die Nahrungsmittelpreise, nachdem sie bis zum Herbst gesunken waren, seitdem wieder erheblich ansteigen. Das hat nichts mit einer zu starken Nachfrage zu tun, sondern mit einem ernte- und witterungsbedingten Wechsel im Nahrungsmittelangebot. Allenfalls könnte eine Liberalisierung des Agraraußenhandels einen Preisdruck ausüben; dem stehen jedoch die EWG-Agrarmarktordnungen entgegen. Schließlich kann auch nicht übersehen werden, daß sich beim Jahresvergleich die Einführung und die Erhöhung der Mehrwertsteuer im vergangenen Jahr jetzt erst voll preiserhöhend auswirken. Dies macht sich insbesondere bei den Preisen für Dienstleistungen bemerkbar.

Es wäre natürlich absurd, Konjunkturdämpfungsmaßnahmen zu ergreifen, weil die Mieten

sowie die Agrarpreise gestiegen sind und die Mehrwertsteuer eingeführt und erhöht wurde. Wenn die Verfechter der absoluten Preisstabilität konsequent wären, hätten sie sich gegen die Miet- und Mehrwertsteuererhöhungen und gegen den Dirigismus der Agrarmarktordnungen wenden müssen. Das haben sie jedoch — im Gegensatz zu den Gewerkschaften — nicht getan.

Konjunkturbedingte Preiserhöhungen hat es jedenfalls bis Anfang dieses Jahres im Bereich der privaten Lebenshaltung so gut wie nicht gegeben. Im weiteren Verlauf der Konjunktur muß allerdings mit ihnen gerechnet werden, so daß die Preisentwicklung sicherlich besondere Aufmerksamkeit verlangt. Prof. *Giersch* vom Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ist zuzustimmen, wenn er in dem bereits erwähnten 12. Gespräch im Rahmen der Konzierten Aktion feststellte, „daß vom Produktionspotential her durchaus genügend Spielraum vorhanden sei und es deshalb vor allem auf eine Intensivierung des binnen- und außenwirtschaftlichen Preiswettbewerbs ankomme“. Konsequenterweise sprachen sich die Vertreter der Gewerkschaften erneut für eine Abschaffung der Preisbindung der zweiten Hand aus. Wie es leider nicht anders zu erwarten war, wurde dieses Verlangen von der Unternehmerseite abgelehnt. Mit Unterstützung der Bundesbank empfahl auch der Konjunkturrat — dem unter Vorsitz des Bundeswirtschaftsministers Vertreter der Bundesfinanz- und -wirtschaftsministerien, der Bundesbank, der Länder und Gemeinden angehören — Anfang März die Aufhebung der Preisbindung der zweiten Hand. Wir werden sehen, wie sich die Stabilitätsfanatiker unter den Abgeordneten der CDU/CSU, wie sich insbesondere Bundesfinanzminister *Strauß*, hierzu verhalten werden.

Entschiedene Wettbewerbspolitik

Zur Bekämpfung der in diesem Jahr sicherlich auftretenden Preiserhöhungsabsichten ist eine entschiedene Wettbewerbspolitik und sind strukturpolitische Maßnahmen zur Erweiterung des Angebots vonnöten. Bundeswirtschaftsminister Prof. Schiller will mit Hilfe des Bundeskartellamtes die wichtigsten Teile der im vorigen Jahr an dem Widerstand der Stabilitätspharisäer in der CDU/CSU gescheiterten Kartellnovelle soweit wie möglich auf dem Verwaltungswege verwirklichen. Dazu gehört auch eine stärkere Mißbrauchsaufsicht des Kartellamtes bei Preisbindungen. Der Konjunkturrat hat auch die Pläne Prof. Schillers gutgeheißen, die Einfuhr durch Erhöhung oder Aufhebung der noch vorhandenen — allerdings nicht mehr allzu stark ins Gewicht fallenden — Einfuhrkontingente bei gewerblichen Gütern weiter zu liberalisieren.

Daneben dürfen „der Ausbau der Infrastruktur, die Regionalpolitik sowie die bis jetzt ausgeglichene Entwicklung am Baumarkt nicht gefährdet werden“. Dies wurde übereinstimmend von den Teilnehmern der Konzentrierten Aktion betont. Es wäre völlig falsch, jetzt, da von einer Hochkonjunktur auf dem Baumarkt noch nicht gesprochen werden kann, die Mittel für die öffentlichen Investitionen zu kürzen, zumal es sich dabei hauptsächlich um Infrastrukturinvestitionen handelt. Gerade die gegenwärtige Konjunkturphase eignet sich am besten für Maßnahmen, die auf produktivitätsfördernde Veränderungen der Wirtschaftsstruktur abzielen. „Denn eine bewußte Politik der Produktivitätsförderung kann nicht im Klima der Angst vor Arbeitslosigkeit gedeihen. Sie setzt voraus, daß jeder, der seinen Arbeitsplatz verliert, jederzeit einen neuen, möglichst besser bezahlten, wieder finden kann. Insofern ist der jetzt erreichte Grad der Vollbeschäftigung gerade die Idealbedingung für die langversprochene Modernisierung unserer Wirtschaftsstruktur“⁵⁾).

Strukturveränderungen fördern

Deshalb sollten die Mittel, die Strukturveränderungen fördern sollen, nicht gekürzt sondern eher noch verstärkt werden. Ein sinnvoller Einsatz dieser Mittel ist allerdings die entscheidende Voraussetzung dafür, daß Strukturpolitik zugleich Wachstums- und Stabilitätspolitik ist. In diesen Zusammenhang gehört auch der Abbau von Subventionen, mit denen überholte, produktivitätshemmende Wirtschaftsstrukturen konserviert werden. Bundesfinanzminister Strauß hat hier eine weitere Möglichkeit, zu zeigen, daß sein Ruf nach Geldwertstabilität mehr ist als ein Ruf nach Wählerstimmen.

Was Maßnahmen zur Dämpfung der Nachfrage anbelangt, so sollten erst die Konjunkturdaten der ersten Monate dieses Jahres abgewartet werden. Hier empfiehlt sich „eine bewaffnete Neutralität auf Abruf“, wie es der Bundeswirtschaftsminister in seiner bilderreichen Sprache bezeichnet hat. Einen ersten Schritt zur Dämpfung der Nachfrage hat der Finanzplanungsrat, dem unter Vorsitz des Bundesfinanzministers Vertreter des Bundes, der Länder und der Gemeinden angehören, empfohlen. Die Vorauszahlungen zur Einkommen- und Körperschaftsteuer sollen an die gestiegenen Gewinne angepaßt werden. Mit dieser Maßnahme, die auch im Wachstums- und Stabilitätsgesetz vorgesehen ist, würde der Selbstfinanzierungsspielraum der Unternehmen eingeeengt — und im übrigen einem Gebot der Steuergerechtigkeit endlich entsprochen: Im Jahre 1968 nahmen die Bruttolöhne und -gehälter um 6,8 vH zu, die Lohnsteuer aber um 14,4 vH; dagegen stiegen die direkten Steuern auf Einkommen aus Unternehmertätigkeit

und Vermögen um 8,6 vH, obwohl diese Einkommen (brutto) um nicht weniger als 17,6 vH gewachsen waren.

Die konjunkturbedingten Steuermehreinnahmen sollen zum großen Teil nicht zu zusätzlichen Ausgaben führen, sondern an die Stelle der Kreditfinanzierung treten. Die Nettoverschuldung des Staates soll also in diesem Jahr nicht so hoch sein wie es in den Haushaltsplänen vorgesehen ist. Eine Stilliegung von Steuermitteln in Konjunkturausgleichsrücklagen, wie sie bereits von verschiedenen Seiten gefordert wurde, hat der Finanzplanungsrat nicht empfohlen. Dazu besteht zur Zeit auch keine sachlich begründete Veranlassung. Überzeugende Konjunkturdaten, die die Anwendung einer so scharfen konjunkturpolitischen Waffe rechtfertigen würden, liegen bisher nicht vor. *Günter Pehl*

5) Fritz L. Friauff, Umkrepeln statt bremsen, „Der Volkswirt“ vom 28. 2. 1969, S. 7.